

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 80 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Reinhard Schultz, Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos, will im Sinne der KSZE-Schlußakte von Helsinki die gesamteuropäische Jugendzusammenarbeit aufbauen.

Seite 1-3

Manfred Geßner MdB würdigt den Europarat, der vor 30 Jahren in Straßburg gegründet wurde.

Seite 4/5

Werner Buchstaller MdB zeichnet ein Porträt von Karl Schön, SPD-Spitzenkandidat von Rheinland-Pfalz für das Europa-Parlament.

Seite 6/7

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 85

4. Mai 1979

Initiative für Gesamteuropäisches Jugendwerk

Die Jungsozialisten haben das Konzept vorgelegt

Von Reinhard Schultz

Stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten

Sowohl in West- als auch in Osteuropa bröckelt die Bereitschaft für eine aktive Entspannungspolitik ab. Das zeigt sich auch im politischen Verhalten etlicher nationaler Jugendorganisationen, die besonders in Westeuropa zum Teil aus innenpolitischen Gründen, zum Teil mangels internationaler Einbindung sich entweder entspannungspolitisch enthalten oder aber eine geradezu aggressive Haltung gegenüber osteuropäischen Partnerorganisationen an den Tag legen.

Vor dem Hintergrund der bevorstehenden westeuropäischen Integration und der damit einhergehenden Gefahr der verstärkten Blockbildung und -abschottung ist es dringend erforderlich, zumindest im Bereich der Jugend ein gesamteuropäisches Pendant zu schaffen. Das könnte als Brücke des Dialogs einerseits die Wkehr von gesamteuropäischer Kooperation und andererseits die Gefahr der EG-Zentrierung der westeuropäischen und die der verstärkten Warschauer Pakt-Zentrierung der osteuropäischen Jugendorganisationen einschränken beziehungsweise abfangen.

Bereits das Schlußpapier der Warschauer Jugendkonferenz von 1976 unterstreicht die Absicht der Jugendorganisation fast aller europäischen Länder, aufbauend auf der KSZE-Schlußakte von Helsinki der gesamteuropäischen Jugendzusammenarbeit einen verbindlichen Rahmen zu geben. Über diesen "framework" hat es seitdem zwar viele Diskussionen gegeben, die jedoch kein Ergebnis erbracht haben.

Die Jungsozialisten haben dieser Diskussion neue Impulse gegeben und ein Konzept vorgelegt, das bereits mit den deutschen Vertretern internationaler Jugendorganisationen, mit Vertretern von Jusy und etlichen Osteuropäischen Jugendorganisationen diskutiert wurde. Ziel ist es, den Auftrag einer funktionierenden Jugendzusammenarbeit bis zur KSZE-Nachfolgekonferenz in Madrid 1980 zu erfüllen und damit im

Sinne der Kontinuität des Entspannungsprozesses und seiner Verankerung in der Jugend einen dauerhaften Dialog zur gemeinsamen Lösung zwischenstaatlicher, gesellschaftlicher und allgemeinpolitischer Probleme zu organisieren.

Voraussetzung ist, daß nicht etwa die internationalen Jugendorganisationen, die größtenteils eine Form organisierter Abgrenzung von den jeweils ideologisch anderen darstellen, das Bild der gesamteuropäischen Jugendstrukturen bestimmen, sondern die nationalen in ihrerseits möglichst großer Breite. Organisierte gesamteuropäische Jugendzusammenarbeit darf nicht zur allzuständigen Überjugendstruktur werden und damit in Konkurrenz oder gar Ersatz bilateraler Zusammenarbeit ausarten, vielmehr muß sie sich auf konkrete "machbare" Projekte der politischen Zusammenarbeit konzentrieren.

In der ersten Phase eines solchen gesamteuropäischen Konsultativforums werden einvernehmlich folgende Themen für sinnvoll gehalten:

- Friedenssicherung und Abrüstung
- Aufbau gerechter ökonomischer Strukturen zwischen den Ländern der Welt und praktische Solidaritätsarbeit zugunsten unterdrückter Völker, Bevölkerungsgruppen und Rassen
- Mensch und Natur (Ökologie)
- Rechte der Jugend.

Die Bearbeitung dieser Themen soll in von der Vollversammlung des Forums einzusetzenden Projektgruppen erfolgen, deren methodischen Ansätze die Vorbereitung und Durchführung von Fachkonferenzen, Aktionen, die Organisationen wissenschaftlicher Zusammenarbeit oder auch die Entwicklung spezifischer gesamteuropäischer Kommunikations- und Publikationsstrukturen zur Vermittlung der Themen sein sollten.

Im einzelnen ist wünschenswert:

- Die Vollversammlungen sollten nicht durch ein übertriebenes Konsensprinzip blockiert werden können, vielmehr ist eine Minderheitsschutzregelung einzubauen, sodaß auch nicht mehrheitsfähige Positionen authentisch veröffentlicht werden müssen.
- Auf einen aufwendigen Apparat ist zunächst zu verzichten, vielmehr sollten die Mitgliedsorganisationen oder ständigen Arbeitsgruppen ihre Büros miteinbringen. Sitz des Forums sollte Wien oder Helsinki sein.



- Die Finanzierung des Konsultativforums sollte entweder über Eigenmittel der beteiligten Organisationen, Mitteln internationaler beziehungsweise Zwischenstaatlicher Organisationen oder aber aus Regierungsquellen nach einem eindeutigen Schlüssel beziehungsweise projektgebunden erfolgen. Die vollständige Regierungsunabhängigkeit des Forums muß durch die Signatarstaaten der KSZE garantiert werden.

Die Grundlage dieser Zusammenarbeit wird die KSZE-Schlußakte sein, die Zustimmung zu ihren Inhalten ist Voraussetzung für die Mitarbeit.

Für die Jugend der Bundesrepublik muß eine breite Teilnahme organisiert werden, die den Bundesjugendring, die politischen Jugendorganisationen, die Sportjugend und die studentische Jugend miteinbezieht. Innenpolitisch übliche Ausschlüsse aus Jugenddachorganisationen, wie gegenüber SDAJ, dürfen im gesamteuropäischen Zusammenhang keine Rolle spielen.

Sollte es möglich sein, bis 1980 dieses Konsultativforum zu installieren, hätte die Jugend Europas ein sinnvolles Instrument, den Entspannungsprozeß zu beschleunigen, sich mit gemeinsamen Lösungsvorschlägen zu großen Zukunftsproblemen an die Regierungen der Signatarstaaten zu wenden und die lückenlose Einhaltung der KSZE-Schlußakte zu überwachen und im Zweifelsfall öffentlich zu diskutieren.

Die Jungsozialisten werden zu einem informellen gesamteuropäischen Seminar einladen, auf dem die weitere Vorgehensweise geklärt werden kann. Aufgrund der exponierten geographischen Lage der Bundesrepublik und der historischen Funktion der Sozialdemokratie im Entspannungsprozeß verwenden die Jungsozialisten ihr gesamtes Gewicht in der internationalen Jugends Diskussion darauf, die Idee einer gesamteuropäischen Jugendzusammenarbeit so schnell wie möglich zu verwirklichen. (-/4.5.1979/hl/hgs)

+ + +



Klammer des demokratischen Europa

Vor 30 Jahren wurde in Straßburg der Europarat gegründet

Von Manfred Geßner

Obmann der Arbeitsgruppe Europarat/WEU der SPD-Bundestagsfraktion und
Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung des Europarates

Vor dreißig Jahren wurde in Straßburg unter dem Eindruck der zahlreichen pro-europäischen Kundgebungen, Demonstrationen und Manifestationen, die nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges in fast allen europäischen Ländern stattfanden und insbesondere die junge Generation veranlaßten, symbolisch Grenzmarkierungen niederzureißen, die erste europäische Institution geschaffen, die den Anspruch erhob, den Zusammenschluß der europäischen Völkerfamilie herbeizuführen. Die Erfahrung des Zweiten Weltkrieges hatte dem Europagedanken ungeheuren Aufschwung gegeben und aus diesem Impuls heraus wurde der Europarat gegründet. Große Hoffnungen waren mit dem Aufbau des Europarates verbunden. Manche sind sicher auch enttäuscht worden, denn so manche europäische Anfangseuphorie ist im nüchternen Alltagsbetrieb europäischer Politik steckengeblieben. Das vereinte Europa war eben nicht mit einem einzigen Akt des Zusammenschlusses zu schaffen. Vielmehr wurde deutlich, daß dazu ein langer Prozeß des allmählichen Wandels von Einstellungen, Auffassungen und Vorstellungen über staatliche Souveränität und Aufgabenverteilung zwischen Einzelstaat und internationalen Zusammenschlüssen erforderlich ist.

Das integrierte Europa hat trotz mancher Hemmnisse und krisenhafter Entwicklungen Gestalt angenommen, zunächst in der Montanunion und später in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft der Sechs, dann in der erweiterten Europäischen Gemeinschaft und heute ist die EG auf dem besten Wege, zu einer Zwölfergemeinschaft zu werden.

Die Europäische Gemeinschaft ist damit praktisch zum Kern des damals angestrebten Vereinten Europa geworden, aber der Europarat hat dennoch eine zentrale politische Rolle behalten: Er ist die Klammer für das größere demokratische Europa geblieben und stellt heute eine wichtige Brücke zwischen der EG und dem übrigen demokratischen Europa dar. Er wird insbesondere für die Staaten, die aus ihrer neutralen Haltung heraus den Beitritt zur EG nicht vollziehen können, auf absehbare Zeit auch die einzige Institution mit gesamteuropäischen Anspruch auf demokratischer Grundlage bleiben.

Aus der Sicht der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hat es bisweilen die Sorge gegeben, daß ein frei und direkt gewähltes Europäisches Parlament Funktion und



Ansehen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates beeinträchtigen könnte. Auf diese Sorge um die Identität des Europarates hat der österreichische Bundeskanzler Bruno Kreisky geantwortet: "Ich halte solche Befürchtungen für kaum gerechtfertigt. Vielmehr glaube ich, daß der Europarat als einzige Versammlung, in der alle europäischen Staaten vertreten sind, auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird."

Folgende Aufgaben bieten sich in diesem Zusammenhang besonders an:

1. Schutz und Sicherung der Menschenrechte
2. Rechtsvereinheitlichung, Ausbau der sozialen Rechte und Erweiterung der Sozialcharta
3. Erhaltung des europäischen kulturellen Erbes
4. Denkmalschutz
5. Umweltschutz
6. Wahrung und Ausbau der demokratischen Institutionen
7. Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen

Neit über 100 Vereinbarungen (Konventionen unter anderem) hat der Europarat in den letzten 30 Jahren auf zahlreichen Lebensgebieten geschaffen und damit eine wichtige Grundlage supranationalen Einverständnisses gelegt. Europarat und Europäische Gemeinschaft ergänzen und brauchen einander. Sie sind beide im gleichen Maße der Einheit Europas verpflichtet. Eine stärkere Verklammerung durch gegenseitige Information und Konsultation ist deshalb wünschenswert. Sie ist bisher noch nicht ausreichend gewährleistet. Im Interesse der Effizienz eines gemeinsamen Vorgehens ist genügend Flexibilität erforderlich, um von Fall zu Fall zu entscheiden, welcher Rahmen sich als der geeignetere für die Lösung gemeinsamer Probleme erweist. Der größere Rahmen des Europarates mit jetzt 21 Mitgliedstaaten kann dabei durchaus zum Vorteil in der Sache sein, um die es geht. Die Maßnahmen, die der Europarat erst jüngst zur Bekämpfung des Terrorismus beschlossen hat, sind ein Beispiel dafür, daß die größere Effizienz im größeren Rahmen liegt. In anderen Fällen, zum Beispiel in der Entwicklung einer gemeinsamen außenpolitischen Haltung, wird sich die EG mit ihrer bewährten politischen Zusammenarbeit als das effizientere Organ erweisen.

Für die Zukunft Europas können beide Institutionen von Vorteil sein. Es geht darum, ihre Möglichkeiten für die Sache Europas zu nutzen. (-/4.5.1979/vo-he/hgs)

+ + +



Was soll ein Steinmetz in Brüssel?

Das politische Porträt: Karl Schön, SPD-Kandidat
für das Europäische Parlament, Platz 13

Von Werner Buchstaller, MdB

Europa-Wahlkampfleiter für den SPD-Bezirk Rheinland-Hessen-Nassau

Die rheinland-pfälzische SPD beschrift bei ihren Kandidaten-Vorschlägen für das erste direkt zu wählende Europäische Parlament einen ungewöhnlichen Weg. Sie schlug der SPD-Bundesdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Bundesliste für die Europawahl als ersten Kandidaten für Rheinland-Pfalz einen Mann vor, der nicht zu den bekannten Europa-Philosophen und Theoretikern und auch nicht zu den "politischen Größen" gehört; den langjährigen Bürgermeister der kleinen Industriestadt Bendorf am Rande der Großstadt Koblenz, Karl Schön. Die Bundesdelegiertenkonferenz wählte ihn auf Platz 13 - einen Platz, der weit vor bedeutend bekannteren Namen liegt.

Auf einer Veranstaltung der Europa-Union halten sich die Kandidaten der Parteien für die Wahl in das Europäische Parlament vorgestellt. Ein junger Journalist fragte mich im Hinblick auf Karl Schön provozierend: "Können Sie mir tatsächlich sagen, was dieser kleine Pinscher in Brüssel soll?" "Vielleicht weiter nichts als die Anliegen der Millionen kleinen Pinscher, die es in Europa gibt, verständnisvoll zu vertreten. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß Männer von Ihrer elitären Arroganz die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung vertreten könnten", gab ich ihm zur Antwort.

Damit war das Gespräch beendet. Er sagte nichts mehr, und was hätte ich ihm noch sagen sollen? Hätte ich ihm noch sagen sollen, daß mit dieser Überheblichkeit schon der erste Reichspräsident der Weimarer Republik, weil er einmal Sattlergeselle war, zu Tode gehetzt wurde, oder hätte ich ihm sagen sollen, daß der Steinmetzgeselle Karl Schön in seinem Alter schon drei Jahre Fronteinsatz, eine schwere Verwundung, sechs Jahre russische Gefangenschaft und das Lager für Sowjetzonenflüchtlinge hinter sich hatte? Bei seiner Auffassung darüber, was eine Volksvertretung ist, hätte ihn das kaum beeindruckt.

Vom Flüchtlingslager aus wurde der Familie Schön 1953 in Bendorf am Rhein eine neue Bleibe geschaffen. Diese Stadt wurde Karl Schön im wahrsten Sinne des Wortes eine neue Heimat. Durch sein starkes politisches Engagement wurde er bereits vier Jahre später in den Rat der Stadt Bendorf und 1960 in den Kreistag gewählt. Acht Jahre gehörte er dem Landesparlament von Rheinland-Pfalz an. Seit 1967 ist er Bürgermeister der Stadt Bendorf. Bendorf ist eine blühende Industriestadt. Karl Schön kämpfte unablässig für



eine sinnvolle Industrieansiedlung und Strukturpolitik, demonstrierte gemeinsam mit den Arbeitern für die Erhaltung von Arbeitsplätzen und schaffte neue Arbeitsmöglichkeiten.

Die Einrichtungen für die Jugend, für sportliche Betätigung und auch für Ältere und gebrechliche Menschen sind beispielhaft. Die kleine Stadt am Rhein (17.000 Einwohner) wurde zum Treffpunkt vieler junger Menschen, Sportler, Sozialarbeiter, Kommunalpolitiker und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland. Mit den zahlreichen Eintragungen prominenter Gäste kann sich das Gästebuch der Stadt Bendorf mit den meisten "Goldenen Büchern" bekannter Großstädte messen. Karl Schön förderte nach besten Kräften die Internationalen, besonders aber die europäischen Begegnungsveranstaltungen der Vereine, Organisationen und Verbände. Europäische Honoratiorentreffen sind ihm ein Greuel. Wegen seiner zahlreichen und vielfältigen europäischen Verbindungen wurde er in die Europa-Kommission beim Parteivorstand der SPD berufen. Zuständigkeitsgebiet: Europäische Jugend- und Sportlerbegegnungen und europäische Strukturprobleme.

Seine Bemühungen um das Wohl der Bürger und seine Leistung für die Stadt haben ihm das Vertrauen der Bevölkerung eingebracht. Bendorf ist in einem riesigen schwarzen Unland des von der CDU regierten Landes Rheinland-Pfalz eine sozialdemokratische Hochburg. Selbst bei den Kommunalwahlen 1974, die der SPD im Land das schlechteste Wahlergebnis, das sie je hinnehmen mußte, brachten die absoluten SPD-Mehrheiten in den Städten Neuwied, Kaiserslautern und Prinsens, konnten die Bendorfer Sozialdemokraten mit Karl Schön an der Spitze ihre dominierende Position nicht nur halten, sondern sogar noch ausbauen. Mit 55 Prozent der Stimmen übertrafen sie noch die traditionelle Hochburg der SPD in Rheinland-Pfalz, Ludwigshafen.

Dieser dynamische Mann und erfolgreiche Kommunalpolitiker wird nun für die SPD in das Europäische Parlament einziehen. Auch Abwertungs- und Verleumdungskampagnen der CDU werden dies nicht verhindern können. Sicher wird er sich dort in Brüssel oder Straßburg wie in Bendorf um die zahlreichen Anliegen, Sorgen und Nöte gerade der Menschen kümmern, die von nicht wenigen als "kleine Pinscher" gewertet werden, die man im allgemeinen nur für Arbeitsleistungen und bei Wahlen auch als Wahlvolk braucht. Keinen von mir zitierten Gesprächspartner von der Presse mag zum Trost gereichen, daß es sicherlich im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament nur ganz wenige Politiker geben wird, die nur einen so "gewöhnlichen" und glanzlosen Lebenslauf vorzuweisen haben wie Karl Schön. Schließlich gibt es aber auch im Deutschen Bundestag noch drei Prozent Mitglieder, die keine Mittel- oder Oberschule besucht haben. Als die SPD Rheinland-Pfalz ihre Wahlkampfserie für die Landtags-, Kommunal- und Europawahlen auf eine Großveranstaltung mit Bundeskanzler Helmut Schmidt einleitete, sagte dieser den Tausenden von Zuhörern auch seine Meinung zu Europa und zu Karl Schön: "Europa muß von unten aufgebaut und nicht von oben dirigiert werden. Dafür brauchen wir Männer aus dem Volk - Männer wie Karl Schön."

(-/4.5.1979/hl/ngs)

+ + +

